

Meinungslosigkeit im Interview

Erscheinungsformen und Folgen unterschiedlicher Befragungsstrategien

Karl-Heinz Reuband

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, D-5000 Köln 41

Zusammenfassung: Das Ausmaß der Meinungslosigkeit wird in den meisten Umfragen aufgrund der gewählten Erhebungsstrategie unterschätzt. Welche Folgen daraus für das geäußerte Antwortmuster erwachsen, wird auf der Grundlage verschiedener repräsentativer Umfragen untersucht. Dabei zeigt sich, daß bei entsprechendem Druck zur Meinungsäußerung in den meisten Fällen die vorherrschenden Meinungsverhältnisse reproduziert werden, in einigen Fällen jedoch davon abgewichen wird. Vermutet wird, daß sich Personen ohne auskristallisierte Meinung jeweils an den sichtbaren Einstellungen von positiv bewerteten Instanzen oder Gruppen orientieren. Je nach Sichtbarkeit wird mal eher der einen oder der anderen Instanz gefolgt.

1. „Meinungslosigkeit“ in der Praxis der Sozialforschung

Den Meinungslosen kommt in der Sozialforschung eine eher zwiespältige Bedeutung zu. Man weiß, daß es sie in großer Anzahl gibt. Aber man tut so, als gäbe es sie nicht. Man versucht, sie in den Umfragen in inhaltliche Kategorien zu pressen und behandelt die verbleibenden Personen anschließend wie einen zufälligen Fehler. In der Analysephase werden sie gewöhnlich als „missing values“ aus der Berechnung ausgelassen. Dabei hat es nicht an Arbeiten gefehlt, die eine andere Sichtweise und stärkere Berücksichtigung dieser Kategorie von Befragten gefordert haben. Ihr Ausgangspunkt ist entweder das Problem der Meinungslosigkeit auf der Ebene der Antwortvorgaben, die unzureichende Informiertheit der Befragten über elementare Sachverhalte oder die hohe individuelle Instabilität von Antwortmustern, wie sie in Panelstudien festgestellt wurde (vgl. u. a. Cantril 1947, Zeisel 1958, Leverkus-Brüning 1966, Converse 1964, 1970, Erikson und Luttbeg 1973). Gemeinsam ist den verschiedenen Arbeiten die Erkenntnis, daß das Ausmaß an Meinungsbildung in der Bevölkerung gewöhnlich *überschätzt* wird und man diesem Tatbestand in der Datenerhebung und Analyse Rechnung tragen muß. Wohl mit am prononciertesten hat Leo Bogart das Problem formuliert, als er schrieb: man solle eigentlich nicht, wie allgemein üblich, die Meinungslosen, sondern diejenigen *mit* einer Meinung als Residualkategorie behandeln (Bogart 1967: 337).

Doch wenn es einen Trend in der Sozialforschung – zumal der deutschen – gibt, dann geht er mehr dahin, die Meinungslosigkeit in Umfragen eher noch kleiner als größer zu halten. Nicht nur, daß man die Meinungslosen durch Vorfragen erst gar

nicht herauszufiltern versucht – man bietet die Antwortkategorie nicht einmal mehr dem Interviewer im Fragebogen an.¹ Der Interviewer, bemüht, den vermeintlichen Erfordernissen seiner Aufgabe gerecht zu werden, drängt folglich den Befragten so lange, bis dieser eine Stellungnahme abgegeben hat. Der von ihm ausgeübte Druck dürfte vom milden Appell, es sich doch noch einmal genau zu überlegen, bis hin zur massiven Infragestellung des Selbstbildes reichen: „Wenn der Befragte sagt, er hat keine Meinung (zu einem Politiker)“, so berichtet ein Interviewer, „sage ich: ‚Aber sie kennen den doch – oder nicht? Dann *müssen Sie doch irgendeine* Meinung haben!‘“ (zit. nach Ronge 1984: 73, Hervorhebung von mir). Wer sich unter diesen Umständen immer noch sträubt – und das sind nur noch wenige –, wird in die Residualkategorie für fehlende Angaben (die ebenfalls interviewbedingte Auslassungen und sonstige Fehlvercodungen enthält) eingestuft. Werte von 1% bis 5% sind für die so erfaßte „Meinungslosigkeit“ die Regel.

¹ Der Trend zur Unterdrückung der Meinungslosigkeit im Interview läßt sich beispielsweise bei den Wahlstudien zeigen, die im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung archiviert sind. In den früheren Studien ist Meinungslosigkeit als Kategorie im Fragebogen aufgeführt, in den neueren nicht mehr. Veränderungen haben sich auch auf seiten der kommerziellen Institute ergeben, z. B. bei EMNID. Hier wird heutzutage üblicherweise – es sei denn, der Auftraggeber verlangt dies ausdrücklich, (wie z. B. in manchen internationalen Umfragen) – die Meinungslosigkeit *nicht* als explizite Antwortkategorie in den Fragebogen aufgenommen. Das Institut für Demoskopie dagegen führt sie in Form einer ambivalenten Antwort seit jeher unverändert unter der Rubrik „Unentschieden“ oder „teil-teils“ auf.

Die vermehrte Neigung der gegenwärtigen Sozialforschung, Meinungslosigkeit zu unterdrücken, ist keine Folge empirischer Analyse oder neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Es gibt keine empirischen Befunde, die belegen könnten, daß die Ergebnisse früherer Studien obsolet geworden sind und die Befragten inzwischen auskristallisierte Einstellungen hätten als früher. Es gibt ebensowenig Belege für die Annahme, daß man jedem Befragten eine Meinung unterstellen kann, ungeachtet des Themas und ohne dies vorher im einzelnen zu klären. Die Gründe für die Verdrängung der Meinungslosen aus den Antwortkategorien sind wohl eher forschungspraktischer Art – Folge des Diktats der Analyse über die Datenerhebung: Mit der verstärkten Hinwendung zu multivariaten Analyseverfahren in der Sozialforschung ist das Interesse an einer hohen Ausschöpfung der Befragtenzahl gewachsen. Listenweiser Ausschluß fehlender Werte wird in den komplexeren Analyseverfahren dem paarweisen Ausschluß aus statistischen Gründen vorgezogen. Das aber engt die Zahl verwendbarer Fälle erheblich ein. Dem Interesse an einer möglichst vollständigen Ausnutzung der Stichprobe gemäß, gibt es denn z. T. auch ein vermehrtes Bemühen, die fehlenden Angaben durch entsprechende Schätzverfahren aufzufüllen. Was als Lösung des „non response“-Problems in der Literatur abgehandelt wird, stellt meist nur *technische* Lösungen dar, in denen eine zufällige Verteilung der fehlenden Angaben (die meist auch noch mit Auslassungen der Interviewer vermischt werden) vorausgesetzt wird. Die Analyse der Meinungslosigkeit als inhaltliches Problem unterbleibt.

Die Folgen des unterschiedlichen Umgangs mit dem Problem der Meinungslosen sind einschneidender Art. Studien mit unterschiedlich hoher Meinungslosigkeit werden verglichen, ohne die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zu beachten. Reduzierte Meinungslosigkeit wird mit zwischenzeitlich eingetretener Meinungsbildung verwechselt und die übrigen Veränderungen als Zeichen von Einstellungswandel interpretiert.² Doch damit nicht genug: Nicht einmal dort, wo Meinungslosigkeit im Fragebogen eingeräumt wird, ist das Problem unterdrückter Meinungslosigkeit völlig überwunden: So unterscheiden sich die Erhebungsinstitute, amerikanischer Studien zufolge, in der Präzisierung und Art ihrer Vorschriften. Dementsprechend gibt es Unterschiede im Anteil von „Don't knows“ in Umfragen je nach Institut (Smith 1978, 1982). Für die Bundesrepublik ist ähnliches zu erwarten und ebenso für andere Län-

der. Dies mag auch erklären, warum international angelegte Umfragen oft unterschiedlich hohe Quoten für Meinungslosigkeit bei Verwendung des gleichen Fragebogens erbringen (vgl. Sicinski 1970, Reuband 1985b).

Welche Konsequenzen aus dem unterschiedlichen Umgang mit der Kategorie der Meinungslosen erwachsen, ist in der sozialwissenschaftlichen Literatur bisher weder in nennenswertem Maße thematisiert, noch empirisch näher untersucht worden.³ Im folgenden wollen wir deshalb die Frage des Umgangs mit der Kategorie der Meinungslosen aufgreifen und in einen umfassenden Diskussionszusammenhang stellen: Wie ist Meinungslosigkeit zu konzeptualisieren? In welcher Weise und in welchem Ausmaß kann man Meinungslosigkeit im Interview messen? Welches sind die Erscheinungsformen der Meinungslosigkeit? Wie sehr kann man sie intern differenzieren und inwiefern bedeutet geäußerte Meinung mitunter ebenfalls eine Art von Meinungslosigkeit? Wie sehr sind Personen selbst dort zur Meinungsäußerung bereit, wo sie – wie im Fall fiktiver Themen – dazu gar nicht in der Lage sein können? Und worin liegen die Folgen „unterdrückter Meinungslosigkeit“, welche Konsequenzen resultieren für die Qualität der Daten? Als empirische Grundlage dienen uns verschiedene, verstreut vorliegende empirische Befunde zu unterschiedlichen Themen, die wir hier unter einer neuen Perspektive – der der Meinungslosigkeit – analysieren. Darüber hinaus verwenden wir eigene Daten, in denen versucht wurde, das Spektrum der

² In einer Vielzahl von Veröffentlichungen gibt es über Zeit z. T. erhebliche Rückgänge im Ausmaß der Meinungslosigkeit (z. B. EMNID 1983a: 16, 1984: 22). Nach unseren Erfahrungen sind Werte von über 15 % für Meinungslosigkeit gewöhnlich ein Zeichen dafür, daß die Kategorie im Fragebogen explizit verwendet wird, Werte unter 5 % ein Zeichen für deren Verzicht. Wir vermuten, daß sich hinter vielen Umfragen, bei denen sich über Zeit einschneidende Verschiebungen im Meinungslosenanteil ergeben, eine veränderte Praxis im Umgang mit den Meinungslosen verbirgt.

³ Andere Themen, etwa der Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen, Interessiertheit und Umfang der Meinungslosigkeit sind eher ein Gegenstand gewesen (vgl. Ferber 1966, Francis und Burch 1975). Für die Bundesrepublik siehe als umfassende Bestandsaufnahme, die später wenig rezipiert wurde, Leverkus-Brüning (1966). Zur Konzeptualisierung der Meinungslosigkeit als Strategie des Antwortverhaltens siehe auch Esser (1977). Eine neuere Bestandsaufnahme der englischsprachigen Literatur findet sich bei Smith (1984).

Meinungslosigkeit mit Hilfe spezifischer Indikatoren zu ermitteln.

2. Erscheinungsformen der Meinungslosigkeit

2.1 „Meinungslosigkeit“ als Kontinuum: die Bedeutung von Indifferenz und Ambivalenz

Mangelnde Vertrautheit mit einer Sache ist eine wichtige Grundlage der Meinungslosigkeit. Wer noch nichts darüber gehört hat oder über keine Informationen verfügt, der wird sich darüber auch keine Gedanken gemacht haben. Wird er im Interview mit Fragen dazu konfrontiert, so kann er sich entweder nicht äußern oder muß „raten“. Vertrautheit ist dabei nicht identisch mit umfassendem Wissen. Viele Menschen bilden sich über einen Sachverhalt, über den sie vage und oft auch falsch informiert sind, eine feste Meinung. Und diese kann sehr wohl Konsequenzen haben. Wenn jemand die Situation als real definiert, so das bekannte Thomas-Theorem (Thomas 1965), dann ist sie in ihren Konsequenzen auch real.

Das Bild, das die Umfrageforscher über die politischen und sonstigen Kenntnisse der Bevölkerung erbracht haben, ist gemischt. Desinformiertheit in einigen Bereichen steht – wenn auch recht vage – Informiertheit in anderen Bereichen gegenüber.⁴ Die Informiertheit ist dabei häufig nur elementar; sie schafft eine gewisse Vertrautheit und reicht aus, um rudimentäre Einstellungen herauszubilden. Aber sie erlaubt nicht eingehende Stellungnahmen zu komplexen Sachverhalten. Dies wird in der Umfrageforschung – gerade bei Themen der aktuellen politischen Diskussion (aber häufig auch in der Konsumforschung) – oft übersehen und zuviel Wissen im Detail vorausgesetzt. Der Forscher erhebt sich selbst zum Maßstab und unterstellt ähnliche Informiertheit unter den Befragten. Er formuliert die Fragen zu spezifisch in der Ter-

minologie der intensiven Nutzer politischer Information.⁵ Auch dies mag zur verbalisierten Meinungslosigkeit beitragen (vgl. auch Converse 1976), soll uns an dieser Stelle jedoch nicht näher interessieren. Uns interessiert primär die themenspezifische Meinungslosigkeit, ungeachtet der jeweils verwendeten Frageformulierung.

Meinungslosigkeit ist keine Frage des Alles oder Nichts, sondern eines Kontinuums: Das Ausmaß an Auskristallisation und Stabilität von Einstellungen ist eine Funktion vorheriger Reflexion und Informationen zum Thema. Man mag sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, aber noch nicht voll reflektiert haben. Man mag zu Teilaspekten Informationen haben, aber nicht zum angesprochenen Gesamtkomplex. Und man mag viele Dinge, die in der Frage angesprochen sind, zum Teil auch längst wieder aus dem Bewußtsein gedrängt haben. In der Situation des Interviews erinnert man sich ihrer, man aktiviert verlorengegangene Informationen und Anschauungen als Ressourcen der Meinungsbildung und treibt die Artikulation soweit voran, wie sie der jeweiligen Interviewsituation gemäß erforderlich scheint.⁶

Sieht man einmal von den versteckten Verweigerern ab, so dürften im wesentlichen zwei Unterkategorien von Meinungslosigkeit existieren: die Indifferenten und die Ambivalenten (ähnlich Hofstätter 1963, Leverkus-Brüning 1966, Faulkenber-

⁵ Explanatorisches Beispiel dafür sind etwa die Fragen, die von verschiedenen Instituten im Rahmen der Nachrüstungskontroverse der 80er Jahre gestellt wurden. In manchen Umfragen werden lediglich die Typenbezeichnungen der jeweiligen Raketen angesprochen (Cruise Missiles, Pershing II etc.), ohne zu bedenken, daß diese Begrifflichkeiten nur einer kleinen Minderheit geläufig sind. Man überfordert derart den Befragten und verführt ihn dazu, sich beim Antwortverhalten an die wenigen verbleibenden Begriffe zu halten und lediglich auf diese zu antworten (vgl. Reuband 1983, 1990a).

⁶ Zu dieser Konzeption einer Aktivierung und Kondensierung verfügbarer Kognitionen in der Situation des Interviews vgl. Bott (1957: 169), Reuband (1975: 295f). Leo Bogart spricht vom Interviewer als Katalysator. Der Befragte ist gezwungen, Meinungen auch zu Dingen auszudrücken, zu denen er mehr verworrene als klare Gedanken hat (vgl. Bogart 1967: 335). Weil viele Einstellungen mit Wissens-elementen verbunden sind – wer zur Bewertung der Neutronenbombe gefragt wird, muß sich jeweils vergegenwärtigen, worum es sich dabei handelt und welche Konsequenzen man damit verbindet –, werden gleichzeitig Wissens-elemente mitaktiviert.

⁴ Angaben über die Informiertheit der Bevölkerung zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Fragen finden sich in den Allensbacher Jahrbüchern für Demoskopie abgedruckt (z. B. Noelle-Neumann und Piel 1983). Dort u. a. auch Hinweise für die Vergänglichkeit des Wissens: 1978 gaben z. B. mehr Personen an, schon einmal von der Neutronenbombe gehört zu haben als 1981 (S. 633). Vermutlich werden andere Informationen, die subjektiv im Alltag des einzelnen wenig Bedeutung haben, ebenfalls schnell wieder vergessen, sobald die Thematik nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion steht.

ry und Mason 1978). Als *indifferent* sind all die Personen zu verstehen, denen die Thematik gleichgültig ist, die darüber wenig oder gar nicht nachgedacht haben. Als *ambivalent* sind jene zu betrachten, die sich aufgrund widersprüchlicher Tendenzen zu keiner eindeutigen Meinungsäußerung durchringen können und sich unentschieden geben. Indifferenz und Ambivalenz dürften dabei in einem sequentiellen Zusammenhang zueinander stehen: Ambivalenz bedarf, damit man sich der Widersprüchlichkeit bewußt wird und sich als noch „unentschlossen“ versteht, im Vergleich zur Indifferenz eines Minimums an Information und Bewußtsein der eigenen Kognitionen. Erst bei weiterer Steigerung des Informations- und Motivationsniveaus löst man sich von diesem Zustand kognitiver Dissonanz und bildet eine auskristallisierte Meinung. Empirische Analysen bestätigen diese Annahme. Sie zeigen, daß sich die Indifferenten von den Ambivalenten durch geringeres politisches Interesse und Informiertheit auszeichnen und in dieser Hinsicht eine Extremposition im Vergleich zu jenen Personen einnehmen, die sich von vornherein im Interview zu einer Meinung bekennen.⁷

Wie groß der Anteil der Indifferenten und Ambivalenten unter den „Meinungslosen“ ist, ist unklar: T.W. Smith nennt für die USA einen Anteil von einem Drittel bis der Hälfte Ambivalenter (Smith 1984: 229). In einer eigenen Frage zur Nachrüstung, in der die Einstufung der Art der Meinungslosigkeit dem Interviewer überlassen wurde (vgl. Frageformulierung in Tabelle 3), erweisen sich in einer bundesweiten Repräsentativumfrage 61% der Meinungslosen als ambivalent. In einer EMNID-Untersuchung zum NATO-Doppelbeschluß für den SPIEGEL – mit Vorlage einer Liste für den Befragten, auf der die Kategorien „unent-

schieden“ und „gleichgültig“ explizit mit aufgeführt waren – liegt der Anteil gar bei 71% (Leinemann 1982: 161, eigene Berechnungen). Der Anteil ist vermutlich themenabhängig und mit einer Funktion des jeweiligen Grades öffentlicher Issue-Politisierung. Je stärker die Politisierung eines bislang eher randseitigen Themas vorangetrieben ist, desto geringer der Anteil Unentschiedener und desto größer der Anteil Ambivalenter.

Indifferente, Ambivalente und Personen mit Meinungsäußerung sind als Teil eines *Kontinuums* zu begreifen. Die Ambivalenz ist im Vergleich zur Indifferenz die höhere Stufe der Meinungsbildung. Diese interne Differenzierung der Meinungslosigkeit liefert womöglich auch den Schlüssel für das Verständnis eines Phänomens, das sich im Langzeitvergleich von Umfragen findet und paradox anmutet: Bei vielen Themen ist – trotz langfristig erhöhtem Informationsniveau und gestiegenem politischen Interesse – die Zahl der ausgewiesenen Meinungslosen als Globalkategorie über die Zeit hinweg konstant geblieben.⁸ Unter Umständen verbirgt sich hinter dieser scheinbaren Konstanz Wandel – ein Wandel in der *Struktur* der global erfaßten Meinungslosen: Die Indifferenten sind aufgrund verbesserter Informationen womöglich in die Phase der Ambivalenten getreten und stellen einen größeren Anteil der Meinungslosen dar als früher. Der nächste Schritt hin zum Prozeß der Auskristallisation, der über die Richtung der Meinung bestimmt, ist noch nicht vollzogen.

Begreift man die Meinungslosigkeit als ein Kontinuum – sowohl als Ganzes als auch in Unterkategorien der Indifferenten und Ambivalenten –, so kann man nicht mit einem einzigen Indikator arbeiten. Man hat die Meinungslosen keineswegs voll ausgeschöpft, wenn man sie als Kategorie im Fragebogen einräumt. Man wird allenfalls jene erfassen, die zum „harten“ Kern der Meinungslosen gerechnet werden können. Die Personen, die rudimentäre Einstellungen entwickelt haben, sich ihrer eigenen Haltung aber noch nicht ganz sicher sind, wird man eher über explizite Fragen in Form

⁷ In einer eigenen Umfrage vom Herbst 1983 zum Thema Nachrüstung, durchgeführt vom EMNID-Institut (die Frageformulierungen sind in Tabelle 3 abgedruckt), gaben z. B. unter den Befragten mit abgegebener Meinungsäußerung zwischen 51% und 58% korrekt das Jahr 1983 als Beginn der Raketenstationierung an. Diejenigen, die sich unentschieden gaben, nannten nur noch zu 36% diesen Termin, und die Gleichgültigen zu 20%. Ähnlich die Rangfolge beim geäußerten politischen Interesse. Die Unentschlossenen bekundeten zu 40%, wenig oder überhaupt nicht politisch interessiert zu sein, die Gleichgültigen taten das zu 61%. Vergleichbare Muster des politischen Interesses und der Informiertheit auch in EMNID (1981 b: 427, 437) und – bezogen auf die USA – bei Faulkenberg und Mason (1978: 538).

⁸ Daß die Quote der Meinungslosen als Globalkategorie trotz steigender Aktualität und Information gleichbleiben kann, zeigt sich am Beispiel des Nachrüstungsthemas. Trotz langfristig steigender Informiertheit (Reuband 1990 a) und wachsender Aktualität blieb die Quote der Meinungslosen in der Zeit vor Verabschiedung des Doppelbeschlusses bis Anfang der 80er Jahre konstant (vgl. die Zahlen bei Klein 1984: 193). Das gleiche Muster läßt sich bei anderen Themen nachweisen. Für die USA vgl. Shapiro und Mahajan (1986: 47 ff).

von Filterfragen erfassen können. Wenn Meinungslosigkeit ein Kontinuum ist und je nach Art der verwendeten Indikatoren unterschiedlich hohe Anteile Meinungsloser ausgewiesen werden, dann muß man letztlich aber auch die Befragten mit *inhaltlichen* Antworten als Teil dieses Kontinuums begreifen. Je nachdem, wie extensiv man die Meinungslosigkeit als Eigenkategorie faßt, werden mal mehr und mal weniger von den Personen einbezogen, die unter den üblichen Umständen eine inhaltliche Antwort gegeben hätten. Die Tatsache, daß der Übergang von der Abgabe inhaltlicher Meinungen zur Meinungslosigkeit fließend ist, erklärt vermutlich auch, warum sich nach eigenen Analysen Meinungslosigkeit im Panel nicht als stabiles Merkmal erweist: Viele Befragte ändern ihr Antwortverhalten, indem sie mal für die Kategorie „Weiß nicht/keine Angabe“ optieren, mal eine Stellungnahme zu den Fragen abgeben.⁹

2.2 Meinungslosigkeit und Nicht-Wissen

Meinungslosigkeit einzugestehen, fällt schwer. Für viele Befragte ist das erfragte Einstellungsobjekt zu peripher, als daß sie Interesse zeigen und sich eine feste Meinung bilden würden. Andererseits gehört es zu den unausgesprochenen Erwartungen in unserer Gesellschaft, Meinungen zu haben. Eine Meinung zu haben, konstituiert vermutlich den stärksten Erwünschtheitseffekt überhaupt, der in der Umfrageforschung zum Tragen kommt (Payne 1951: 186). Bereits die Tatsache, daß eine Frage gestellt wird, setzt das Vorhandensein einer Meinung voraus und vermittelt dem Befragten entsprechende Erwartungen (Molenaar 1982: 67). Die Interviewsituation verstärkt diesen Druck noch weiter; mancher Befragte sieht sich durch den Interviewer einem Erwartungsdruck ausgesetzt, der ihn dazu bringt, sich selbst über Themen zu äußern, über die er noch nie näher nachgedacht hat.

Wie häufig lassen sich Menschen auf diesen Entwicklungsdruck ein und äußern sich im Interview zu Themen, zu denen sie keine Meinung haben, ja nicht einmal haben können? Die ältere methodische Literatur enthält verschiedene, pessimistisch

stimmende Berichte: Danach äußern viele Leute Stereotype auch über ethnische Gruppen, die es gar nicht gibt (Hartley und Hartley 1955: 464) und geben Kenntnisse zu nicht existenten Sachverhalten vor (McCord 1951). Am gravierendsten erscheint der Grad der Verzerrung in einer Studie aus den USA der 40er Jahre, derzufolge sich mehr als 70% der Befragten zu dem nicht existenten „Metallic Metals Act“ äußerten (Payne 1951: 18).

Besonders die Ergebnisse dieser Studien lassen Zweifel an der Brauchbarkeit von Umfragedaten erwachsen, doch müssen viele bei näherer Betrachtung relativiert werden. In einigen Studien (z. B. McCord 1951) wird der Befragte aufgrund der Formulierungen geradezu ermuntert, vermeintliche Kenntnisse und Verhaltensweisen zuzugeben, um sein Selbst- und Fremdbild zu wahren. In anderen Studien (vgl. Hartley und Hartley 1955: 464) sind die verwendeten Begrifflichkeiten ange-tan, eine Verwechslung zu begünstigen. Und in wieder anderen sind Zweifel an der methodischen Brauchbarkeit der Erhebung angebracht (vgl. Schuman und Presser 1981: 147). Eines freilich ist sicher: Stellt man heutzutage Fragen nach fiktiven staatlichen Entscheidungen, so äußert sich – nach Erhebungen aus den USA – keine Mehrheit (wie in der oben zitierten Studie zum „Metallic Metals Act“), sondern nur eine Minderheit von rund einem Drittel dazu. Und gibt man explizit die Möglichkeit der Meinungslosigkeit in der Frageformulierung mit vor, so schrumpft dieser Anteil – je nach Grad der Ermunterung – auf Werte von 3% bis maximal 15% (Schuman und Presser 1981: 148ff, Bishop et al. 1980, 1986).

Wenn die Neigung, sich zu fiktiven Sachverhalten zu äußern und „Pseudo-Opinions“ zu produzieren, lediglich eine Folge wahrgenommener gesellschaftlicher Erwartungen ist, muß sie in dem Maße schwinden, wie aus dem Eingeständnis des Nicht-Wissens keine negativen Folgen erwachsen können. In mündlichen Umfragen, bei denen Interviewer und Befragte von Angesicht zu Angesicht miteinander kommunizieren, ist die Gefahr der Mißbilligung am größten, in schriftlichen – anonymen – Umfragen ist sie am geringsten.

Doch selbst unter diesen Bedingungen, so zeigt sich in einer neueren bundesdeutschen Befragung von Studenten der Politikwissenschaft, ist die Gefahr, „Pseudo-Opinions“ zu erhalten, keineswegs gering: In der Fragebogenfassung, in der die Antwortkategorien „weiß nicht“ bzw. „kenne ich nicht“ nicht aufgeführt waren und lediglich durch fehlende Beantwortung die eigene Haltung deut-

⁹ Unveröffentlichte Ergebnisse einer eigenen Sekundär-analyse der Wahlstudie 1976 (ZA-Nr. 823). Man muß in diesem Zusammenhang allerdings bedenken, daß es sich dabei um eine Panel-Studie zu Wahlzeiten – und damit Zeiten entsprechender Mobilisierung – handelt. Der Wechsel der Kategorie ist, so gesehen, keineswegs ganz unerwartet.

lich gemacht werden konnte, bekundeten immerhin 19% eine Meinung zu einem nicht existenten Grundgesetzartikel (Aschmann und Widmann 1986).

Daß selbst in einer schriftlichen Befragung bis zu einem Fünftel der Befragten inhaltliche Angaben machen, erstaunt. Offenbar geht nicht nur das Bemühen, anderen Personen gegenüber das „Gesicht“ zu wahren, als Einflußfaktor in das Antwortverhalten mit ein, sondern auch Elemente des *Selbstbildes*: Der Befragte gesteht sich selbst nicht gern ein, daß er desinformiert ist. Es sind in der oben zitierten Studentenuntersuchung vor allem die Studienanfänger, die sich in der Untersuchung zu einer Meinungsäußerung bewegen lassen. Dies geschieht vermutlich – bewußt oder unbewußt – aus einer gewissen Statusunsicherheit heraus und der Furcht, den vermeintlichen gesellschaftlichen Erwartungen des eigenen Milieus nicht gerecht zu werden. Erst in dem Moment, wo Nicht-Wissen durch entsprechende Antwortvorgaben legitimiert wird, besteht offenbar eine tendenzielle Bereitschaft, die Nicht-Informiertheit kundzutun. In der Version, in der zusätzlich die Kategorie „weiß nicht“ angeboten wurde, reduzierte sich dieser Anteil in der Studentenuntersuchung auf 8%, und wo zudem noch die Kategorie „kenne ich nicht“ aufgeführt wurde, belief sich der entsprechende Anteil mit Meinungsäußerung auf 2% (Aschmann und Widmann 1986).

Die vorliegenden Befunde der in- und ausländischen Untersuchungen stimmen darin überein, daß die künstlichen Meinungsäußerungen weitgehend minimiert werden können, wenn Meinungslosigkeit im Interview als legitime Antwort aufgeführt

wird. Das Ausmaß eingestandener Meinungslosigkeit ist eine Funktion der Ermunterung, sich entsprechend zu äußern (vgl. auch Smith 1984: 221).¹⁰ Daß man bei einer derartigen Ermunterung einen Fehler umgekehrter Art begeht und Meinungslosigkeit künstlich hervorruft, halten wir für relativ unwahrscheinlich: Zwar mögen es einzelne Befragte vorziehen, sich nicht zu äußern – sei es, weil sie die Frage als zu privat empfinden, sich keine Blöße geben wollen oder aus sonstigen Gründen es vorziehen, sich hinter einer neutralen Kategorie zu verbergen. Angesichts des normativen Drucks zur Meinungsäußerung und der weitverbreiteten Nichtinformiertheit über Sachverhalte, die in Umfragen abgefragt werden, werden es jedoch nicht viele Befragte sein, die derart in die „künstliche Meinungslosigkeit“ getrieben werden. Für diese Interpretation spricht auch die Tatsache, daß reale Meinungslosigkeit und bekundete Meinungslosigkeit miteinander einhergehen: Wer sich im Interview meinungslos gibt, hat häufiger über das erfragte Thema nicht nachgedacht. Er zeichnet sich mehreren empirischen Untersuchungen zufolge durch geringere Informiertheit und Interessiertheit aus¹¹ als Personen mit bekundeter Meinung. Beide Gruppen sind in ihrer Orientierung nicht identisch und damit einander auch nicht gleichzusetzen. Wer sich im Interview meinungslos gibt, ist tatsächlich eher meinungslos.

3. Folgen „unterdrückter“ Meinungslosigkeit: Antwortverzerrungen und ihre Determinanten

3.1 Antwortverhalten in Situationen unzureichender Entscheidungsgrundlagen: mögliche Reaktionen

In der gegenwärtigen Umfrageforschung ist es üblich, Meinungslosigkeit zu unterdrücken. Man führt die entsprechende Antwortkategorie gar nicht erst im Fragebogen auf und läßt sie so, zusammen mit zufällig fehlenden Angaben, zu einem Residualwert ohne substantielle Bedeutsamkeit schrumpfen. Was aber sind die Folgen? Man hat sie in der bisherigen Literatur bemerkenswert selten thematisiert, so daß wir – um diese Frage zu beantworten – in besonderem Maße gezwungen

¹⁰ Das zeigt sich auch anhand von zwei Umfragen zum NATO-Doppelbeschluß aus dem Jahre 1981. Während das Institut für Demoskopie die Möglichkeit der Meinungslosigkeit im Fragebogen einräumte, aber nicht dem Befragten explizit machte, bot EMNID in einer Untersuchung für den Spiegel diese Kategorie – in Form von „gleichgültig“ und „unentschieden“ – als explizit aufgeführte Kategorien auf einer Liste für den Befragten an. Das eine Mal gaben sich 28% meinungslos, das andere Mal 42% (vgl. Noelle-Neumann und Piel 1983: 636, Leinemann 1982: 161). Mit den anderen hier aufgeführten Fragen zum Stationierungsteil sind die verwendeten Fragen im übrigen nicht vergleichbar (vgl. auch Reuband 1983: 66ff.). Weil beide Teile des Doppelbeschlusses erfaßt wurden, mag die Meinungslosigkeit hier besonders hoch liegen und eine stärkere Abhängigkeit von einer Ermunterung zur Meinungslosigkeit bestehen.

¹¹ Dieses Ergebnis zeigt sich nicht nur in unseren eigenen Erhebungen (vgl. Anmerkung 7), sondern auch in einer ganzen Reihe weiterer in- und ausländischer Erhebungen (vgl. u. a. Leverkus-Brüning 1966, Francis und Busch 1975: 216).

sind, bislang nicht für diese Zwecke verwendetes empirisches Material zu sichten und zu diskutieren (dies muß, jeweils abhängig vom verfügbaren Material, notwendigerweise Detaildiskussionen einschließen).

Sieht man einmal von der Möglichkeit ab, daß die Beantwortung durch vorherige Fragen oder gewisse Stimuli in der Frage selbst geprägt ist – man etwa bei erfragten Regierungsentscheidungen nicht auf die Entscheidung selbst, sondern auf die Regierung als solche reagiert (vgl. Schuman und Presser 1981: 159), so wären mehrere Reaktionen auf „Zwangssituationen“, in denen Meinungsäußerungen gefordert sind, denkbar:

(1) Die Aufteilung von Meinungen nach dem Prinzip des *Zufalls*. Wo zwei Antwortpositionen vorgegeben sind, verteilt sich die Hälfte der Befragten auf die eine, die andere auf die andere Antwortposition. Diese Annahme eines zufälligen Antwortens findet sich in der Literatur vor allem dort verbreitet, wo man sich mit „nonattitudes“ auf der Basis von Panelstudien befaßt hat und man die hohe individuelle Instabilität bei gleichzeitiger Stabilität auf der Aggregatebene zu erklären versucht (Converse 1970).

(2) Die Reproduktion der vorherrschenden *Meinungsverhältnisse* unter den Meinungslosen. Zur Antwort gedrängt, antworten die Befragten ohne Meinung so, wie es der Meinungsverteilung in der Bevölkerung entspricht. Daß es derartige Antwortmuster gibt, belegen Untersuchungen, die Meinungslosigkeit mit Hilfe von vorgeschalteten Filterfragen zu erfassen versuchen (Schuman und Presser 1981). Allerdings mehren sich in neuerer Zeit Arbeiten, die davon abweichende Ergebnisse bringen (Bishop 1980, 1983, Hippler et al. 1983).

(3) Die Anpassung an die vermutete Meinung der *Mehrheit*. Man bevorzugt die vorherrschende Meinung und gibt sich konform. dabei mag es sein, daß man einem abstrakten Mehrheitsprinzip huldigt oder aus den vermuteten Mehrheitsverhältnissen heraus dem Interviewer eine spezifische Meinung unterstellt (in einem solchen Falle wäre das Antwortverhalten aus der Dynamik der Interviewsituation heraus nur verständlich).

(4) Die Anpassung an die *offizielle Position* der Regierung. Diese Annahme ist in der Vergangenheit gelegentlich in Zusammenhang mit der Diskussion politischer Einstellungen vorgetragen (z. B. Rosenberg et al. 1970: 11), jedoch bislang nicht nachgewiesen worden. Die Deutung stößt zudem in dem Moment auf Grenzen, wo es nicht um politische, sondern allgemeingesellschaftliche Fragen geht, zu denen keinerlei Regierungsverlautbarungen existieren.

(5) Die bevorzugte Wahl der *zustimmenden* Antwortkategorie in der Frageformulierung (Smith 1984: 230). Man will nicht als „Nörgler“ oder Nein-Sager erscheinen. Es fällt – ungeachtet des Inhalts – generell leichter, einer Sache zuzustimmen, als sie abzulehnen.

Repräsentative Umfragen, welche die Auswirkungen eingeräumter und unterdrückter Meinungslosigkeit im Rahmen einer experimentellen Fragenanordnung mittels Split-Fassung des Fragebogens untersuchen, liegen für die Bundesrepublik nicht vor. Nur eines ist bisher sicher: daß die Meinungslosen im Meinungsbild eine Abweichung von den übrigen Befragten repräsentieren und, zur Antwort gedrängt, die Validität der Befunde erheblich verzerren können. Ein deutlicher Beleg dafür ist etwa eine Umfrage aus der Frühzeit der Umfrageforschung in Deutschland im Auftrage der American High Commission aus dem Jahre 1949: Gefragt wurde dort an einer Stelle des Fragebogens nach dem Ausgang der Bundestagswahl, an anderer Stelle nach der Zufriedenheit mit dem Wahlergebnis. Mehr Befragte äußerten hier eine Bewertung des Wahlausgangs als überhaupt aufgrund der anderen Fragen Kenntnis gezeigt hatten. Wer über den Ausgang der Wahl nicht informiert war, wer das Parteiprogramm der großen Parteien nicht umreißen konnte oder über Konrad Adenauer nichts Näheres wußte, der gab sich überproportional zufrieden mit dem Abstimmungsergebnis (HICOG 1949). Offensichtlich präferierten die Uninformierten und Meinungslosen bewußt oder unbewußt eine Position, welche soziale Abweichung minimiert: In einer Gesellschaft mit freien Wahlen bedeutet die Zustimmung zum Wahlergebnis schließlich sowohl eine Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung als auch Akzeptanz der gewählten Regierung.

In Ermangelung von Umfragen, die mit gleichen Indikatoren arbeiten, aber unterschiedlich mit dem Problem der Meinungslosigkeit umgehen, wählen wir für unsere folgende Hypothesenprüfung Umfragen, die zum *gleichen Thema* mit identischer oder annähernd identischer Formulierung durchgeführt wurden. Sie müssen in etwa aus der *gleichen Zeitperiode* stammen (es sei denn, sie böten eine kontinuierliche Zeitreihe, um zwischenzeitliche Meinungstrends als Störgröße auszuschalten). Die Studien müssen sich weiterhin durch bestimmte Formen der Meinungsverteilung auszeichnen: Voraussetzung für die Prüfung der verschiedenen Hypothesen ist, daß bei Fragen mit zwei Antwortkategorien die Meinungsverhältnisse deutlich von dem Verhältnis 50%:50% abweichen. Sind sie nur wenig davon entfernt, so läßt sich keine Entscheidung über zufälliges und nicht-zufälliges Antworten treffen. Die Werte wären einander zu sehr angenähert.

Die Möglichkeiten einer derartigen Prüfung sind begrenzt. Es gibt nicht genug Themen, die in etwa

dem gleichen Zeitraum mit ähnlichen oder identischen Indikatoren erfragt wurden – mit Ausnahme des Themas „Sicherheitspolitik“.¹² Es gibt hier nicht zuletzt aufgrund der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre mehr als bei anderen Themen eine relative Vielzahl derartiger Umfragen und dies institutsbedingt mit unterschiedlicher Handhabung der Meinungslosen. Die thematische Wahl ist kein Nachteil, sondern für unsere Zwecke durchaus nützlich: Einstellungen sind im allgemeinen um so weniger auskristallisiert, je mehr sie sich nicht auf den privaten Alltag, sondern die „große“ Politik beziehen. Je komplexer und entfernter der Sachverhalt, desto größer die Unentschiedenheit. Einstellungen zur Sicherheitspolitik gelten in der Literatur als exemplarisches Beispiel für wenig auskristallisierte, oberflächliche Einstellungen. Sie bieten sich für Analysen zum Thema Meinungslosigkeit geradezu an (vgl. auch Rosenberg et al. 1970, Mueller 1973).

3.2 Mehrheitsmeinungen oder Zufall als Determinanten des Antwortverhaltens?

In *Tabelle 1* haben wir verschiedene Indikatoren für die Einstellung zum westlichen Bündnis mit jeweils unterschiedlich hoher Meinungslosigkeit zusammengestellt. Die Frageakzente variieren, die Thematik ist in etwa die gleiche. Über alle Indika-

toren hinweg findet sich eine breite Stützung der NATO und der amerikanischen Truppenstationierung auf deutschem Boden. NATO-Gegner und Neutralisten sind in der Minderheit. Doch gleichzeitig fallen gewisse Variationen in Abhängigkeit von der bekundeten und registrierten Meinungslosigkeit – hier abgebildet als eine Art Kontinuum – auf: Überall, wo die Meinungslosigkeit die höheren Werte erreicht, sinkt die verbalisierte Unterstützung der traditionellen bündnispolitischen Position. Die Zahl der Gegner bleibt weitgehend unberührt. Dieses Ergebnis macht deutlich, wie wichtig es ist, sich bei der Betrachtung und Zitierung von Tabellen nicht mit den ausgewiesenen Zahlen zu begnügen, sondern diese in *Relation* zum Anteil der Meinungslosen zu sehen. Wer Antworten von unterschiedlichen Umfragen zum gleichen Thema mit unterschiedlich hoher Meinungslosigkeit direkt miteinander in Beziehung setzt, verfängt sich leicht in Fehlinterpretation. Mal schreibt er eine bestimmte Antwortposition einer absoluten Mehrheit zu, mal nicht. Mal glaubt er an Wandel größeren Stils, mal erscheint die Veränderung minimal oder nicht existent. Die relative Mehrheitsposition mag in allen Fällen gleich sein – für viele Diskussionen in Wissenschaft und Öffentlichkeit aber stellen die absoluten Werte den Maßstab der Beurteilung dar. Ob es 50 % oder 80 % sind, die eine bestimmte Position teilen, ist für die Interpretation oft maßgeblich.

Nun haben die bisher zitierten Indikatoren, welche die Einstellungen zum Atlantischen Bündnis messen, den Nachteil, nicht identisch ausformuliert zu sein. Identische Formulierungen aber sind letztlich die notwendige Grundlage für exakte Vergleiche. Wir ziehen deshalb noch eine weitere Datenquelle heran, die diesen Anforderungen entspricht: Zeitreihendaten, die – im Gegensatz zu den meisten anderen verfügbaren Befunden – auf jährlicher Basis vorliegen und aufgrund stark schwankender Anteile Meinungsloser mehr als die anderen Daten einen „crucial test“ erlauben. Ein Auszug aus der Indikatorensammlung dazu ist in *Tabelle 2* zusammengestellt. Auffällig an allen drei Zeitreihen ist der Einschnitt in der Meinungslosigkeit einerseits im Jahr 1971, andererseits 1978 (der besseren Übersicht halber haben wir die Brüche in der *Tabelle* entsprechend markiert): 1971 sinkt die Quote, im Folgejahr 1972 sind dann wieder die höheren Werte ausgewiesen. Der zweite Einschnitt erfolgt 1978. Von diesem Jahre an belaufen sich die Angaben konstant auf einem niedrigeren Niveau. Der Grund für diese Unterschiede in der Meinungslosigkeit ist, wie sich nachträglich rekon-

¹² Die einzigen Fragen, die den Kriterien der Vergleichbarkeit annähernd entsprechen, sich nicht auf sicherheitspolitische Themen beziehen und sich lediglich in der Vorgabe der Meinungslosigkeits-Kategorie unterscheiden, beziehen sich auf den Sinn des Lebens. In der einen vom Institut für Demoskopie Allensbach vertretenen Form geben sich zu Beginn der 80er Jahre 15–20 % als meinungslos (unveröff. Indikatorensammlung H. Meulemann), in der anderen von EMNID vorgelegten Fassung sind es 1 % (Emnid 1988: 17, Leinemann 1982: 187). Die Ergebnisse (auf deren Darstellung hier aus Platzgründen verzichtet wird, die *Tabelle* kann beim Verfasser angefordert werden) können im Falle einer Neuberechnung sowohl als Reproduktion von Meinungsverhältnissen gedeutet werden als auch als zufälliges Antwortverhalten. Würde man die entsprechenden Meinungslosenanteile aufteilen, so käme man auf Unterschiede zu den vorgefundenen Werten von allenfalls wenigen Prozentpunkten. Wir neigen dazu, die Befunde (in Übereinstimmung mit unseren sonstigen Ergebnissen) als Reproduktion der vorherrschenden Meinungsverhältnisse bei entsprechendem Druck zur Meinungsäußerung zu werten.

Tabelle 1 Ausgewählte Indikatoren für die Einstellung zum westlichen Bündnis mit jeweils unterschiedlich hoher Meinungslosigkeit (in Prozent).

	Beurteilung		
	Positiv	Negativ	Keine Angabe
NATO-Mitgliedschaft (1983)			
Weiterhin NATO-Mitglied bleiben (1)	83	13	2*
Weiterhin NATO-Mitglied bleiben (2)	72	9	19
Wichtig, daß Bundeswehr der NATO angehört (3)	73	11	16
Sympathie für Nato (4)	65	17	18
NATO bringt Vorteile (5)**	53	13	35
Bündnis vs. Neutralismus (1983)			
Weiterhin dem westlichen Verteidigungsbündnis angehören (6)	64	32	4
Weiterhin mit USA militärisch/außenpolitisch verbunden bleiben (7)	49	34	17
Amerikanische Truppenstationierung			
Schutz für die BRD (8)	84	12	2
Gegen Abzug aus BRD (9)	80	19	1
Abzug aus Europa bedauerlich (10)	59	17	24

* Nicht aufgeführt: Sonstige Angaben (= 2%).

** Abweichend von den anderen Zahlen gelten diese für 1981.

Frageformulierungen: (1) „Über die Frage des Bündnisses wird in der Bundesrepublik öfters diskutiert. Was meinen Sie dazu: Sollten wir der NATO auch weiterhin in unveränderter Form angehören? Sollten wir anstreben, einer mehr aufgelockerten oder einer mehr gefestigten NATO anzugehören? Halten Sie es für besser, aus der NATO auszuschneiden, oder was meinen Sie sonst?“ („Weiter“ und einer „gefestigten“ NATO angehören = positiv, „aus der NATO ausschneiden“ und „einer gelockerten NATO angehören“ = negativ. Sonstiges mit 2% hier nicht mitaufgeführt). (2) „Was finden Sie persönlich: Sollte die Bundesrepublik weiterhin Mitglied der NATO bleiben oder sollte sie austreten?“ (3) „Würden Sie sagen, es ist wichtig, daß die Bundeswehr Mitglied der NATO ist, oder ist das nicht wichtig?“ (4) „Wie sympathisch sind Ihnen die folgenden Worte ... NATO (westliches Verteidigungsbündnis)?“ (5) Bringt die NATO für uns Westdeutsche alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile – was meinen Sie?“ (6) „Die Bundesrepublik Deutschland bildet militärisch gesehen die Grenze zwischen den Machtblöcken Ost und West. Manche Leute vertreten nun die Auffassung, es wäre besser für uns, wenn wir neutral wären wie die Schweiz, anstatt dem westlichen Verteidigungsbündnis anzugehören. Was ist Ihre Meinung: Ist es für uns besser, wenn wir dem westlichen Verteidigungsbündnis angehören – oder wäre es besser, wenn wir neutral wären?“ (7) „Was wäre Ihrer Ansicht nach die bessere Außenpolitik? Sollten wir uns weiter fest mit den Amerikanern militärisch verbünden, oder sollten wir versuchen, ganz neutral zu sein?“ (8) „Empfinden Sie die alliierten Truppen, die sich gegenwärtig im Bundesgebiet befinden, vorwiegend als willkommenen Schutz – unvermeidliche Notwendigkeit – oder unerwünschte Belastung?“ (Schutz und unvermeidliche Notwendigkeit = positiv) (9) „Wären Sie alles in allem für einen Abzug bzw. Teilabzug der Amerikaner aus der Bundesrepublik, oder sind Sie dagegen, daß die Amerikaner abziehen?“ (Abzug und Teilabzug = negativ) (10) „Wenn Sie morgens in der Zeitung lesen, die Amerikaner ziehen ihre Truppen aus Europa zurück: würden Sie das begrüßen oder bedauern?“

Umfragebeschreibung: Repräsentative Bevölkerungsumfragen der Bundesrepublik Deutschland ab 14/16 Jahre. N zwischen 1000 und 2000. Erhebungsjahre sind jeweils in den einzelnen Rubriken möglichst konstant gehalten worden und entsprechend vermerkt.

(1) EMNID. Unveröffentlichte Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung. (2) Herdogen und Noelle-Neumann (1984: 12). (3 und 4) Institut für Demoskopie (1983). (5) Institut für Demoskopie (1982: 47). (6) EMNID (1983). (7) Noelle-Neumann und Piel (1983: 622). (8) EMNID (1981a). (9) EMNID. Unveröffentlichte Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung. (10) Institut für Demoskopie. Wie (5), S. 623.

struieren läßt, *methodischer* und nicht substantieller Art: Wo die Meinungslosigkeit besonders niedrig liegt, ist die Antwort »Weiß nicht, keine Angabe« nicht als explizite Kategorie im Fragebogen aufgeführt.

Würden die Meinungslosen unter Meinungsdruck zufällig antworten, so müßte es in den vorgegebenen Antwortkategorien zu einem *gleich* starken Anstieg der Besetzungszahlen kommen. Das ist hier (wie auch in Tabelle 1) nicht der Fall. Die

Auswirkungen kommen auf den ersten Blick primär jenen zugute, welche die Mehrheitsposition – im Falle der Sicherheitsfragen zugleich die offizielle Regierungslinie – repräsentieren. Die Unterstützung der Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik z. B. schnell beim Wechsel des methodischen Vorgehens vom Jahre 1970 zu 1971 von 48% auf 79% hoch, die Ablehnung lediglich von 7% auf 12%. Im darauffolgenden Jahr, mit gleicher Handhabung der Meinungslosigkeit

Tabelle 2 Einstellungen zum westlichen Bündnis im Zeitverlauf (in Prozent)

	1968	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
(1) NATO-Mitgliedschaft																	
Ja	79	79	66	85	77	77	77	77	73	80	89	89	91	86	84	83	83
Nein	6	8	15	9	8	7	4	6	5	5	6	6	5	13	14	15	17
Keine Angabe	15	14	19	7	16	16	19	17	21	15	4	5	4	1	2	2	1
(2) Friedenssicherung durch amerikanische Truppen																	
Verbesserung	-	-	48	79	57	59	61	64	61	68	87	84	84	82	81	78	80
Gefährdung	-	-	7	12	7	8	6	6	7	6	7	9	11	13	15	13	17
Keine Angabe	-	-	45	9	37	33	33	30	32	26	6	7	6	6	4	3	3
(3) Abzug amerikanischer Truppen																	
Dagegen	-	-	60	70	54	54	63	58	58	65	83	77	82	80	79	73	73
Dafür	-	-	22	29	25	23	14	18	15	13	14	18	15	19	19	25	27
Keine Angaben	-	-	18	1	21	23	23	24	27	22	3	3	3	1	2	2	-
Neuprozentuierung																	
(1) NATO-Mitgliedschaft																	
Ja	93	91	81	90	91	92	95	93	94	94	93	94	95	87	86	85	83
Sonstiges	7	9	19	10	9	8	5	7	6	6	6	6	5	13	14	15	17
(2) Friedenssicherung durch amerikanische Truppen																	
Verbesserung	-	-	87	87	89	88	91	91	90	92	93	90	88	86	84	86	82
Gefährdung	-	-	13	13	11	12	9	9	10	8	7	10	12	14	16	14	18
(3) Abzug amerikanischer Truppen																	
Dagegen	-	-	73	71	68	70	82	76	79	83	85	81	85	81	81	74	73
Dafür	-	-	27	29	31	30	18	24	21	17	14	19	15	19	19	26	27

Frageformulierungen: (1) „Über die Frage des Bündnisses wird in der Bundesrepublik öfters debattiert. Was meinen Sie dazu: Sollten wir der NATO auch weiterhin in unveränderter Form angehören? Sollten wir anstreben, einer mehr aufgelockerten oder aber einer mehr gefestigten (vor 1970: „modernisierten“) NATO anzugehören? Halten Sie es für besser, aus der NATO auszuschneiden, oder was meinen Sie sonst? (In der Tabelle haben wir: der NATO in „unveränderter“ und in „gefestigter“ Form angehören zur Kategorie „Ja“ zusammengefaßt und „aufgelockert“, „ausscheiden“ und Sonstiges unter „Sonstiges“). (2) „Und wird dadurch, daß wir in der Bundesrepublik amerikanische Soldaten haben, die Sicherung des Friedens eher verbessert, oder wird der Frieden durch die Anwesenheit amerikanischer Soldaten eher gefährdet?“ (3) „Wären Sie, alles in allem, für einen Abzug bzw. Teilabzug der Amerikaner aus der Bundesrepublik, oder sind Sie dagegen, daß die Amerikaner abziehen?“

Umfragebeschreibung: Bevölkerung der Bundesrepublik ab 16 Jahren. Quelle: EMNID Institut: Unveröffentl. Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung. Vgl. auch B. Meyer (1983: 216ff.)

keit wie zwei Jahre zuvor, fallen die Werte wieder deutlich ab.

Diese erste Betrachtung reicht zwar aus, um die These zufälligen Antwortverhaltens auszuräumen. Aber um über die übrigen Möglichkeiten systematischen Antwortens zu entscheiden, etwa über die These von der Reproduktion der Meinungsverhält-

nisse vs. Anpassung an die Mehrheitsmeinung, bedarf es einer weitergehenden Analyse: Systematische Effekte unterdrückter Meinungslosigkeit, die bestimmte Positionen überproportional begünstigen, müßten sich in veränderten *Proportionen* niederschlagen. Sie scheint es nicht zu geben. Bei entsprechender Neuprozentuierung (vgl. die Ru-

brik »Neuprozentuierung«) reduzieren sich die zunächst bestehenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Umfragen erheblich. Die Zeitreihe wandelt sich von vermeintlicher Instabilität in augenscheinliche Stabilität (vgl. Tabelle 1). Das aber heißt: Die Meinungslosen, zur Antwort gedrängt, antworten genauso wie diejenigen mit spontaner Meinungsäußerung.

Von einer überproportionalen Neigung, sich der offiziellen oder der Mehrheitsposition – über die Reproduktion der Mehrheitsverhältnisse hinaus – anzupassen, ist in den bisherigen Daten nichts zu erkennen. Man hätte sonst (etwa in Tabelle 2, 1. Rubrik) noch eine stärkere Akzeptanz des Bündnisses erwarten müssen. Ebensowenig findet die soziolinguistische Hypothese Rückhalt: Die Frage zum Abzug amerikanischer Truppen (Tabelle 2, Rubrik 3) ist dafür ein Beispiel: Würde man die Ergebnisse dieser Analyse als Maßstab nehmen, so hieße das: Ob man Meinungslosigkeit einräumt oder nicht – das grundlegende Antwortmuster bleibt gleich. Die Meinungslosen, zur Antwort gedrängt, verhalten sich ähnlich wie die übrigen Befragten. Sie haben, wenn auch auf einer weniger auskristallisierten Ebene, womöglich die gleichen Einstellungstendenzen.

3.3. Der Einfluß „offizieller“ Realitätsdeutungen auf das Antwortverhalten und die Bedeutung wechselnder „Sichtbarkeit“

Die zitierten Fragen zum Atlantischen Bündnis stellen einen Fall dar, bei dem sich Mehrheitsmeinungen und offizielle Regierungslinie decken. Dies aber ist nur *eine* der denkbaren Kombinationsmöglichkeiten. In einer anderen könnten die Verhältnisse anders liegen. Wenn man die einzelnen Dimensionen – Mehrheitsmeinung der Bevölkerung *und* offizielle Regierungsposition – trennt, müßte zu erkennen sein, welche von beiden schwerer wiegt. Eine derartige Analyse ist möglich bei der Nachrüstungskontroverse. Es handelt sich hierbei um ein Thema ebenfalls aus dem Bereich der Sicherheitspolitik, mit dem Unterschied zu den vorherigen Beispielen, daß Mehrheitsmeinungen und offizielle Regierungslinie tendenziell *auseinanderfallen*: Die Gegner der Nachrüstung sind zahlreicher als deren Anhänger.¹³

Für unsere Analyse ziehen wir eine Umfrage heran, die wir zu Beginn der 80er Jahre im Rahmen einer eigenen Studie bundesweit durchführten und in welcher dem Konzept der Meinungslosigkeit als Kontinuum in besonderem Maße Beachtung geschenkt wurde. Statt wie in den vielen Arbeiten,

welche der Meinungslosigkeit Rechnung tragen, die Meinungslosen über eine vorhergehende Frage herauszufiltern und aus der Analyse herauszulassen, wurde dort das Meinungsprofil der Meinungslosen ansatzweise zu erfassen versucht. Die Möglichkeit, keine Meinung zu haben, wurde durch die Formulierung „Wie Sie vielleicht gehört haben, finden seit längerem . . .“ von vornherein deutlich gemacht. Formulierungen dieser Art erleichtern gewöhnlich das Eingeständnis der Nichtinformiertheit (Sudmann und Bradburn 1981) und damit auch der Meinungslosigkeit. Meinungslosigkeit wurde den Befragten mithin in einem ersten Schritt als legitime Antwort eingeräumt. Doch wurde dann – anders als sonst üblich – versucht, diese durch Zusatzfragen auszudifferenzieren und einen „härteren Kern“ der Meinungslosigkeit zu bestimmen. Auf die folgende Bitte hin, sich doch noch zu entscheiden, bekundete ein Drittel der zunächst Meinungslosen schließlich doch noch eine eigene Meinung. Der Rest blieb unentschieden oder gleichgültig. Daß sich nur ein Drittel unter diesen Umständen für eine inhaltliche Antwort ausspricht, macht deutlich, wie groß der vom Interviewer ausgeübte Druck sein muß, um Werte für Meinungslosigkeit um 1% bis 3% – wie in Umfragen mit fehlender Meinungslosenkategorie im Fragebogen üblich – zu erhalten.

Um etwas über die latenten Orientierungen der verbleibenden Kategorie für Meinungslosigkeit aussagen zu können, ziehen wir eine zusätzliche Umfrage mit annähernd äquivalenten Fragen aus etwa dem gleichen Zeitraum heran.¹⁴ In ihr wurde Meinungslosigkeit praktisch auf Werte nahe Null gerückt. An ihr gemessen kann bestimmt werden, welche Meinungsverhältnisse man bei noch stärkerem Meinungsdruck im Interview erhalten hätte.

¹³ Mehrheiten für die Nachrüstung ergeben sich nur dort, wo nicht nach dem Stationierungsteil gefragt wurde, sondern nach dem Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen. Es handelt sich streng genommen um eine Frage mit anderen Akzenten und anderen Implikationen für die Interpretation. Zu einer Übersicht über die verschiedenen Umfragen vor Stationierungsbeginn siehe Reuband (1983). Dort auch eine nähere Diskussion unter methodischer Perspektive.

¹⁴ Die Frage ist nur annähernd äquivalent, weil von Mittelstreckenraketen und nicht von Atomraketen die Rede ist. Zwar ist der Mehrheit der Bürger zu dieser Zeit bekannt, daß Mittelstreckenraketen Atomraketen sind, aber einer Minderheit ist dies wenig geläufig (Reuband 1990a). Sie könnte der Stationierung deshalb weniger negativ gegenüberstehen.

Tabelle 3 Einstellung zur Nachrüstung bei variierendem Ausmaß an tolerierter Meinungslosigkeit (in Prozent).

	(1)	(2)	(2)
Dafür	14	16	31
Dagegen	61	66	66
Gleichgültig, unentschieden, keine Angabe	25	18	3
(N =)	100 (2034)	100 (2034)	100 (K. A.)
<i>Neuprozentuierung</i>			
Dafür	19	20	32
Dagegen	81	80	68

Frageformulierungen: (1) Nach einer Vorfrage zur Kenntnis des Stationierungstermins nach Hinweis auf die Genfer Verhandlungen: „Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen die Aufstellung neuer Raketen?“

(2) Unter Einschluß der Befragten, die auf die Nachfrage an Unentschlossene/Gleichgültige sich für oder gegen die Stationierung aussprachen: „Nehmen wir einmal an, Sie müßten sich entscheiden: Sind Sie dann insgesamt eher für oder gegen die Aufstellung neuer Raketen?“ (3) „Wenn die Verhandlungen in Genf scheitern, sollten dann in der Bundesrepublik neue Mittelstreckenraketen aufgestellt werden?“

Umfragebeschreibung: Bevölkerung der Bundesrepublik und West-Berlin ab 14/18 Jahren. (1 und 2) Es handelt sich um die gleiche Befragung mit jeweils unterschiedlichem Ausmaß an eingeräumter Meinungslosigkeit. EMNID-Institut, Befragung 25.8–8.9.1983, Erhebung des Verfassers. (3) Infratest, Befragung im August 1983, Quelle: Die Zeit (1983)

Das Ergebnis des Vergleichs der drei Vorgehensweisen ist in *Tabelle 3* abgedruckt. Danach steigt durch die Nachfabrikation bei den Meinungslosen die Quote der Gegner und geringfügig ebenfalls die Quote der Befürworter an. Gemessen an den vorherrschenden Meinungsverhältnissen werden die Befürworter der Nachrüstung leicht begünstigt; noch mehr jedoch werden sie begünstigt, wenn man die verbleibenden Meinungslosen weiter bedrängt. Die Minimierung der Meinungslosigkeit kommt *vollständig der offiziellen Position zugute, die vorherrschenden Meinungsverhältnisse in der Bevölkerung werden nicht mehr – wie in den Analysen zuvor – reproduziert.*¹⁵

Das Ausmaß, mit dem *offizielle* Positionen unter den zunächst Meinungslosen begünstigt werden, ist vermutlich jedoch *keine konstante* Größe, son-

dern eine Funktion der *Sichtbarkeit* der jeweiligen Position. Dies legen die Ergebnisse einer weiteren Analyse nahe, in der die Meinungsverhältnisse vor und nach einer politischen Entscheidung miteinander verglichen wurden. Danach sind in der Umfrage *vor* dem endgültigen Stationierungsbeschluß durch Regierung und Parlament unter den Befragten, die im Rahmen der Nachfabrikation zur Meinungsäußerung gedrängt wurden, die Nachrüstungsgegner häufiger vertreten als die Befürworter. Die vorherrschenden Meinungsverhältnisse werden – wenn auch leicht zugunsten der Befürworter – reproduziert. In der zweiten Erhebung unserer Studie, *nach* Beschluß über die Stationierung und unmittelbar vor Stationierungsbeginn, haben sich die Verhältnisse in dieser Gruppe umgekehrt. Die Nachrüstungsbeefürworter sind nun in der Mehrzahl (*Tabelle 4*). Das Meinungsbild unter denen, die sich bereits am Anfang und ohne Nachfrage äußerten, reicht zur Erklärung dieser Veränderung nicht aus. Zwar ist die Zahl der Nachrüstungsbeefürworter gesunken, die Mehrheits-/Minderheitsverhältnisse haben sich jedoch nicht geändert.

Detailliertere Analysen belegen, daß in diesem Fall die beobachtete Umstrukturierung unter den Meinungslosen im wesentlichen auf die Wähler der CDU/CSU – die Anhänger der Regierung – zurückgeht. Bei den SPD-Anhängern gibt es kein vergleichbares Muster.¹⁶ Dieser Befund legt nahe, die Anpassung als eine Funktion sowohl der *Identifikation* mit der offiziellen Regierungslinie als auch deren *Sichtbarkeit* anzusehen: Immer dann, wenn zu neuen, kontroversen und komplexen Themen klare offizielle Definitionen sozialer Realität vorgebracht werden, werden sich die Personen mit geringer Auskristallisation von Einstellungen und Nähe zur Regierungspartei an den offiziellen Definitionen orientieren. Nicht die eigene Position vis-

¹⁵ Weitere Vergleiche auf der Basis der wenig verfügbaren Umfragen zur Nachrüstungsthematik scheinen diese Aussage zu bestätigen. Vgl. die Übersicht bei Reuband (1985a: 151). Angesichts dessen ist es unwahrscheinlich, daß der Befund auf den etwas variierenden Sprachgebrauch zurückgeführt werden kann.

¹⁶ Bei den CDU/CSU-Anhängern mit ursprünglicher Meinungslosigkeit optieren – die weiterhin bestehenden Meinungslosen per Neuprozentuierung einmal ausgeklammert – bei Nachfrage für die Stationierung in der ersten Erhebung 41%, in der zweiten 71%. Unter den SPD-Anhängern liegen die entsprechenden Werte bei 33% und 27% und bleibt somit annähernd konstant.

Tabelle 4 Einstellung zur Nachrüstung vor und nach Entscheidung über Raketen-Stationierung (in Prozent).

	Frage an Befragte insgesamt (1)		Nachfrage an Befragte ohne Meinungsäußerung (2)	
	Vorher	Nachher	Vorher	Nachher
Dafür	14	24	10	18
Dagegen	61	54	21	14
Gleichgültig, unentschieden, keine Angabe	25	22	69	69
	100	100	100	100
(N =)	(2034)	(1002)	(500)	(198)
Neuprozentuierung				
Dafür	19	31	32	56
Dagegen	81	69	68	43

Frageformulierungen: (1) Nach Hinweisen auf die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen: „Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen die Aufstellung neuer Raketen?“ (2) Falls „unentschieden“ oder „gleichgültig“: „Nehmen wir einmal an, Sie müßten sich entscheiden: Sind Sie dann insgesamt eher für oder eher gegen die Aufstellung neuer Raketen?“

Umfragebeschreibung: Bevölkerung der Bundesrepublik und West-Berlin ab 14 Jahren. Befragung vor Entscheidung über Nachrüstung: 25. 8.–8. 9. 1983, nachher: 24. 11.–5. 12. 1983. EMNID-Institut, Erhebung des Verfassers.

à-vis einem Issue bestimmt mithin in diesem Falle die Parteipräferenz, sondern umgekehrt die Parteipräferenz die eingenommene Issue-Position.

4. Schlußbemerkungen

Die in der bisherigen Umfrageforschung übliche Vorgehensweise, Meinungslosigkeit zu minimieren, indem man die Kategorie im Fragebogen gar nicht erst vorgibt, mag oft angebracht sein. Manche Befragte sehen im Bekunden von Meinungslosigkeit eine Ausweichmöglichkeit bei den für sie unangenehmen Fragen (Zeisel 1959: 59). Doch bei vielen Themen scheint es uns angemessener, Meinungslosigkeit den Charakter einer legitimen Antwort zu verleihen, den Befragten womöglich gar dazu zu ermuntern (so auch Schuman und Presser 1981: 114). Bei welchen Themen dies am sinnvollsten ist und wie dies am besten geschieht, ist eine Frage, die der systematischen Prüfung bedarf.

Nicht eine prinzipielle Umorientierung, sondern eine stärkere Sensitivierung für das Problem der Meinungslosigkeit in der Praxis und methodische Reflexion ist geboten.

Zeitreihen mit unterschiedlich hoher Meinungslosigkeit mahnen – zumal, wenn sich größere Brüche abbilden – nach unseren Analysen zur Vorsicht. In nicht wenigen Fällen liegt keine Auskristallisation von Meinungen vor, sondern lediglich ein methodisches Kunstprodukt. Bei der Darstellung von Umfrageergebnissen ist deshalb nicht nur eine Dokumentation der Untersuchungsanlage und Frageformulierung wünschenswert, sondern auch der Art und Weise, in der mit der Meinungslosigkeit im einzelnen verfahren wurde. Dies ist bislang unüblich, so daß sich Fehldeutungen der Daten nicht selten einstellen.

Weitgehend ungeklärt sind die Folgen unterdrückter Meinungslosigkeit. Sieht man einmal von möglichen Eingriffen der Interviewer auf die inhaltli-

chen Antworten ab¹⁷, so scheinen nach unseren Befunden auf seiten der Befragten zwei Strategien zu existieren: entweder werden die Meinungsverhältnisse unter den Befragten mit spontaner Meinungsäußerung reproduziert. Oder es waren die offiziellen Positionen der Regierung begünstigt. Mag sein, daß es hierbei entscheidend ist, in welcher Weise Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung und offizielle Regierungsmeinung voneinander abweichen. Vielleicht ist es aber auch die Diffusität der Vorstellung über das vorherrschende Meinungsbild, welche hier bestimmend ist: Wenn es ungewiß ist, welche Meinung in der Bevölkerung vorherrscht, bleibt nur die Orientierung an den Stimuli, die eindeutig scheinen und Halt in der Orientierung versprechen. Statt der Regierung könnte es ebenso eine andere Instanz sein, mit der man sich identifiziert und die diese Funktion erfüllt.¹⁸

¹⁷ Theoretisch wäre sogar denkbar, daß ein Teil der Unterdrückung von Meinungslosigkeit nicht auf die Befragten, sondern auch auf den Interviewer zurückgeht. Der Befragte ohne feste Meinung mag es bei permanentem Drängen dem Interviewer überlassen, was für eine Antwort er vermerkt. Nach dem Motto: »Wenn Sie unbedingt Angaben brauchen, dann schreiben Sie doch selbst was rein.«

¹⁸ Gerade im Falle der Nachrüstungskontroverse, bei der sich dieses Muster zeigte, herrschte eine Situation vor, welche die offizielle Position begünstigen muß: Die Meinungsverhältnisse in der Bevölkerung sind aus Sicht der Befragten weniger eindeutig als die Regierungsposition. In einer Umfrage vom Herbst 1981 waren z. B. mehr Personen in der Lage, der Regierung eine Position in dieser Frage zuzuschreiben als der Bevölkerung (EMNID 1981b). Diese Diffusität und Ambivalenz dürften sich bis zum Herbst 1983 kaum reduziert haben. Das Gefühl fehlender Eindeutigkeit ist im Gegenteil vermutlich angesichts widersprüchlicher Aussagen in der Öffentlichkeit eher noch gewachsen. In der Öffentlichkeit wurde von seiten der Regierung wiederholt betont, man lasse sich nicht von einer Minderheit dominieren. Breite Stützung des Nachrüstungsbeschlusses in der Bevölkerung glaubte man aus dem Bundestagswahlergebnis ablesen zu können. Andererseits wurden zu dieser Zeit immer mehr Umfragen bekannt, die – wie etwa die der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF – eine mehrheitliche Nachrüstungsgegnerschaft nahelegten. Fragt man die Befragten direkt danach, wer denn nun in der Mehrheit und der Minderheit sei, so zeigt sich bis zum Herbst eine Umstrukturierung: Nachrüstungsgegner werden vermehrt als eine Mehrheit wahrgenommen (Noelle-Neumann 1983: 11). Am ehesten eindeutig ist unter diesen Umständen nur noch die wiederholt öffentlich bekundete Regierungsposition.

Wenn diese Deutung des Beantwortungsprozesses stimmt, würde das heißen: das Antwortverhalten der Meinungslosen unter Meinungsdruck hat nichts mit den – realen oder wahrgenommenen – Meinungsverhältnissen in der Bevölkerung zu tun und auch nichts mit der offiziellen Regierungsposition (gleichgültig, um was für ein Thema es sich handelt). Entscheidend ist die *Sichtbarkeit* von Positionen, die von positiv bewerteten Instanzen oder Gruppen vertreten werden.¹⁹ Je nach Sichtbarkeit wird mal eher der einen oder der anderen Instanz gefolgt. Wenn der einzig klare Stimulus, der eine inhaltliche Festlegung signalisiert, auf seiten der Bevölkerung wahrgenommen wird, werden deren Positionen begünstigt. Wenn der einzig klare Stimulus seitens der Regierung vermittelt wird, werden deren Positionen rezipiert. Das Entscheidungsverhalten ist damit nur *relativ* zu den sichtbaren Positionen verständlich, und damit von variabler Natur.

Umfragen, die Meinungslosigkeit von vornherein ausschalten, laufen Gefahr, die Validität der Daten zu beeinträchtigen. Die Befragten werden zu Antworten verführt, die mit den eigenen Ansichten wenig gemeinsam haben. Dies gilt selbst dort, wo das Ergebnis zunächst plausibel erscheint und die Meinungsverhältnisse der Bevölkerung reproduziert werden. Statt einer latenten Übereinstimmung mit der Mehrheit, könnte es sich zum einen um die bloße Reproduktion von Vorstellungen über sozial typische Antwortmuster handeln: Der Befragte orientiert sich an Stereotypen über Einstellungen und Verhalten in unterschiedlichen Soziallagen und richtet sein eigenes Antwortverhalten daran aus (Reuband 1990b). Zum anderen könnte es sich um einen bloßen Akt der Konformität handeln, eine Übernahme jener Meinungen, die aus dem eigenen sozialen Milieu vom Hörensagen her bekannt sind. Daß hierbei die vorherrschenden Meinungsverhältnisse reproduziert werden, könnte durch eine hinreichend repräsentative Abbildung der sozialen Milieus in der Umfrage

¹⁹ Studien zum Problem der Sichtbarkeit sind – auf makrosoziologische Kategorien bezogen – selten. Empirische Materialien zu wahrgenommenen Positionen verschiedener Instanzen finden sich am ehesten in Wahlstudien erhoben, beschränkt auf einige wenige Instanzen. Zu grundlegenden Überlegungen, vornehmlich mikrosoziologischer Art, siehe E. K. Scheuch (1965). Siehe in bezug auf die Wahrnehmung des vorherrschenden Meinungsklimas auch Taylor (1982), zur Wahrnehmung von Regierungspositionen Granberg und Robertson (1982).

bedingt sein. Diese Abbildung bloßer Konformität gegenüber dem Milieu muß bei der bloßen Prognose sozialen Verhaltens durchaus nicht immer zwingend auch ein Nachteil sein – wird doch Verhalten stets auch über das soziale Milieu mitbestimmt und interessiert doch oft nur, ob ein bestimmtes Verhalten erbracht wird oder nicht. Für die theoriegeleitete Analyse individuellen Handelns, welche auf tatsächliche Meinungsverhältnisse rekurrieren, ist ein derartiges Vorgehen hingegen nicht von Nutzen.

Literatur

- Aschmann, M./Widmann, J., 1986: „Pseudo Opinion“ in einer schriftlichen Studentenforschung. Zentralarchiv Information 19: 80–83
- Bishop, G. F./Oldendieck, R. W./Tuchfarber, A. J./Bennett, S. E., 1980: Pseudo opinions on public affairs. *Public Opinion Quarterly* 44: 198–209
- Bishop, G. F./Oldendieck, R. W./Tuchfarber, A. J., 1983: Effects of filter questions in public opinion surveys. *Public Opinion Quarterly* 47: 528–546
- Bishop, G. F./Tuchfarber, A. J./Oldendieck, R. W., 1986: Opinions fictitious issues: The pressure to answer survey questions. *Public Opinion Quarterly* 50: 240–250
- Bogart, L., 1967: No opinion, don't know and maybe no answer. *Public Opinion Quarterly* 31: 311–345
- Bott, E., 1957: *Family and social networks*. London
- Cantril, H., 1947: *Gauging public opinion*. Princeton
- Converse, P. E., 1964: The nature of belief systems in mass publics. S. 206–261 in: D. A. Apter (Hrsg.), *Ideology and discontent*. New York
- Converse, P. E., 1970: Attitudes and non-attitudes: Continuation of a dialogue. S. 168–189 in: E. R. Tuft (Hrsg.), *The quantitative analysis of social problems*. Reading, Mass.
- Converse, J. M., 1976: Predicting no opinion in the polls. *Public Opinion Quarterly* 40: 515–530
- Die Zeit, 7. 1. 1983, 41: 2
- Emnid, 1981 a: *Aufrüstung und Pazifismus*. 4 Bde. (Unveröffentl. Untersuchung für den Spiegel). Bielefeld
- Emnid, 1981 b: *Emnid Informationen* 11: 13
- Emnid, 1983 a: *Emnid Informationen* 5/6: 14–16
- Emnid, 1983 b: *Emnid Informationen* 11/12: 15
- Emnid, 1984: *Emnid Informationen* 3/4: 22
- Emnid, 1988: *Emnid Informationen* 10/11: 17
- Erikson, R.S./Lutberg, N. R., 1973: *American public opinion. Its origins, content and impact*. New York
- Esser, H., 1977: Response Set – Methodische Problematik und soziologische Interpretation: *Zeitschrift für Soziologie*, 6: 253–263
- Faulkenberry, G. D./Mason, R., 1978: Characteristics of non opinion and no opinion responses groups. *Public Opinion Quarterly* 42: 533–543
- Ferber, R., 1966: Item nonresponse in a consumer survey. *Public Opinion Quarterly* 30: 399–415
- Francis, J. D./Busch, L., 1975: What we now know about „I don't know“. *Public Opinion Quarterly* 34: 207–218
- Glucksberg, S./McClosky, M., 1981: Decisions about ignorance: Knowing that you don't know. *Journal of Experimental Psychology: Human Learning and Memory* 7: 311–325
- Granberg, D./Robertson, C., 1982: Contrast effects in estimating policies in the federal government. *Public Opinion Quarterly* 46: 311–335
- Hartley, E./Hartley, R. E., 1955: *Die Grundlagen der Sozialpsychologie*. Berlin
- Herdegen, G./Noelle-Neumann, E., 1984: Gute Freunde, schlechte Kritik. *Die Politische Meinung* 29
- HICOG, 1949: Report No. 191, Bad Nauheim
- Hippler, H. J. (unter Mitarbeit von R. Trompeter und N. Schwarz), 1983: ZUMA Forschung zur Methodenentwicklung: Bericht über das Projekt „Befragungsexperimente“. *ZUMA-Nachrichten* 12: 4–30
- Hofstätter, P. R., 1963: *Einführung in die Sozialpsychologie*. Stuttgart
- Institut für Demoskopie, 1982: *Pazifistische Strömungen in der Bundesrepublik (unveröffentlicher Bericht)*. Allensbach
- Institut für Demoskopie, 1983: *Allensbacher Berichte* 14
- Klein, P., 1984: Minderheitenprotest oder Volksbewegung? Die Einschätzung und Unterstützung der Friedensbewegung durch die Öffentlichkeit, S. 190–209 in: W. R. Vogt (Hrsg.), *Streitfall Frieden. Positionen und Analysen zur Sicherheitspolitik und Friedensbewegung*. Heidelberg
- Leinemann, J., 1982: *Die Angst der Deutschen. Beobachtungen zur Bewußtseinslage der Nation*. Reinbek bei Hamburg
- Leverkus-Brüning, I., 1966: *Die Meinungslosen. Die Bedeutung der Rechtskategorie in der empirischen Sozialforschung*. Meisenheim am Glan
- McCord, H., 1951: Discovering the „confused“ respondent: a possible projective method. *Public Opinion Quarterly* 15: 363–366
- Meyer, B., 1983: *Der Bürger und seine Sicherheit*. Frankfurt
- Molenaar, N. J. 1982: Response effects of „formal“ characteristics of questions, S. 49–89 in: W. Dijkstra/J. van der Zouwen (Hrsg.), *Response behaviour in the survey interview*. London
- Mueller, J. E., 1973: *War, presidents and public opinion*. New York
- Noelle-Neumann, E., 1983: *Drei Viertel gegen die Raketenstationierung? Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. 9. 83: 11
- Noelle-Neumann, E./Piel, E. P. (Hrsg.), 1983: *Allensbacher Jahrbuch 1978–1983*
- Norman, D. A., 1973: Memory, knowledge and the answering of questions, S. 135–166 in: R. L. Solso (Hrsg.), *Contemporary issues in cognitive psychology. The Loyola Symposium*. Washington
- Payne, S., 1957: *The art of asking questions*. Princeton
- Reuband, K.-H., 1975: *Zur Existenz schichtähnlicher Gruppierungen im interpersonalen Präferenzgefüge*.

- Ein Beitrag zur Analyse latenter sozialer Schichtung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 27: 293–311
- Reuband, K.-H., 1983: Demoskopische Verwirrungen in der Nachrüstungsfrage – was halten die Bundesbürger vom Nachrüstungsbeschluß? *Vorgänge* 66: 64–80
- Reuband, K.-H., 1985a: Die Friedensbewegung nach Stationierungsbeginn: Soziale Unterstützung in der Bevölkerung als Handlungspotential. *Vierteljahrszeitschrift für Sicherheit und Frieden (S+F)*: 147–156
- Reuband, K.-H., 1985b: Arbeit und Wertewandel – mehr Mythos als Realität? Von sinkender Arbeitszufriedenheit, schwindelnder Arbeitsethik und „vergiftetem“ Arbeitsleben als deutsche Sondersituation. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 37: 723–746
- Reuband, K.-H., 1990a: Sicherheitspolitische Kenntnisse in der Bevölkerung: Das Beispiel „Nachrüstung“. Über Informationsdefizite, Mobilisierungserfolge und die Bedeutung des Wissens für die Einstellung zur Nachrüstung. S. 391–429 in: R. Steinweg, Red., *Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung*. Frankfurt
- Reuband, K.-H., 1990b: Interviews, die keine sind – „Erfolge“ und „Mißerfolge“ beim Fälschen von Interviews. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (im Druck)
- Ronge, V., 1984: *Das Interviewergeschäft*. Wuppertal
- Rosenberg, M. J./Verba, S./Converse, P. E., 1970: *Vietnam and the silent majority. The dove's guide*. New York
- Scheuch, E. K., 1965: Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten. S. 169–214 in: E. K. Scheuch/R. Wildenmann (Hrsg.), *Zur Soziologie der Wahl*. Opladen: Köhnel
- Schuman, H./Presser, S., 1983: *Questions and answers in attitude surveys. Experiments in question form, wording and content*. New York
- Shapiro, R./Mahajan, H., 1986: Gender differences in policy differences in policy preferences: a summary of trends from the 1960s to the 1980s. *Public Opinion Quarterly* 50: 42–61
- Sicinski, A., 1970: „Don't know“ answer in cross national surveys. *Public Opinion Quarterly* 34: 126–129
- Smith, T. W., 1978: In search of house effects: a comparison of responses to various questions by different survey organizations. *Public Opinion Quarterly* 42: 443–463
- Smith, T. W., 1982: House effects and the reproducibility of survey measurements: a comparison of the 1980 GSS and the 1980 American National Election Study. *Public Opinion Quarterly* 46: 54–68
- Smith, T. W., 1984: Nonattitudes: A review and evaluation. S. 215–256 in: C. F. Turner/E. Martin (Hrsg.): *Surveying subjective phenomena. Vol. 2* New York
- Sudman, S./Bradburn, N. M., 1981: *Asking questions*. San Francisco
- Taylor, G. D., 1982: Pluralistic ignorance and the spiral of silence: a formal analysis. *Public Opinion Quarterly* 46: 311–335
- Thomas, W. I., 1965: *Person und Sozialverhalten*. Neuwied
- Zeisel, H., 1958 (zuerst 1944): *Say it with figures*. London